

10 Gründe für ein Sport- und Kulturzentrum am Ortsrand

Die CDU setzt sich für den Bau eines neuen Sport- und Kulturzentrums mit zwei Hallen für die jeweiligen Bedürfnisse Sport- und Kultur im Gebiet der verlängerten Gartenstraße ein. Die alte Usatalhalle am jetzigen Standort zu erweitern, wie dies beispielsweise die FWG favorisiert, halten wir für den falschen Ansatz:

1. Die heutige Usatalhalle ist ein Faß ohne Boden. Jährlich wird Geld investiert, ob für Toiletten, Duschen oder Ähnliches. Das eigentliche Problem ist damit aber nicht gelöst: Für Sportveranstaltungen reichen die Maße nicht, für kulturelle Veranstaltungen muß regelmäßig der Boden abgeklebt werden. Dies zeigt: Die Halle ist von ihrer Grundarchitektur heute weder für eine Sport- noch für eine Kulturhalle brauchbar.
2. Bereits heute reichen bei Großveranstaltungen wie beispielsweise Fastnachtssitzungen in der Usatalhalle die Parkplatzkapazitäten nicht aus und die Seitenstraßen werden von Besuchern zugeparkt. Eine zusätzliche Bebauung des Lekkerkerkplatzes mit einer Sporthalle würde das Problem noch verschärfen und die Belastung der Anwohner erhöhen.
3. Grundsätzlich gibt es heute keine Kommune mehr, die ein Sportzentrum mitten in ein Wohngebiet baut. Probleme mit den Anwohnern sind erfahrungsgemäß vorprogrammiert, z.B. wegen Ruhestörung, erhöhtem Verkehrsaufkommen, der Verkehrssicherheit oder dem Parkplatzproblem. Nicht selten landen solche Fälle vor Gericht, was meist wieder Auflagen für die Nutzung der Einrichtung mit sich bringt.
4. Bereits heute verzichten Ober-Mörlener Vereine auf Feierlichkeiten auf dem Lekkerkerkplatz, weil es aus Rücksicht auf die Anwohner zu zahlreichen Auflagen für die Nutzung kommt. Durch den Neubau einer zusätzlichen Halle würde das Problem verschärft.
5. Auch die Erbauer der heutigen Usatalhalle haben sich vor Jahrzehnten wohl aus ganz ähnlichen Gründen für eine Lage am damaligen Ortsrand entschieden.
6. Die Erreichbarkeit eines neuen Zentrums wird im Übrigen durch eine Bebauung am Ortsrand Richtung Autobahn nicht schlechter. Beispielsweise hätten Anwohner im Westen Ober-Mörlens (z.B. „Dichterviertel“) in Zukunft lediglich eine ähnliche Wegstrecke vor sich wie heute bereits die Bewohner im Osten Ober-Mörlens (zwischen Pfarrwiesen und Gartenstraße) zum Lekkerkerkplatz. Hier generell von einer schwereren Erreichbarkeit für alle zu sprechen, wie dies die FWG tut, ist schlicht falsch.
7. Die Finanzierungsfrage ist bei einem Erweiterungsbau auf dem Lekkerkerkplatz überhaupt nicht gesichert. Am neuen Standort wäre die Finanzierung eher möglich. So könnte man den Erlös aus dem Verkauf des jetzigen Areals für die Neubauten nutzen.
8. Ein Standort am Ortsrand Richtung Autobahn entlastet den innerörtlichen Verkehr.
9. Der neue Standort mit modernen Hallen für Sport- und Kultur muß auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden: Ober-Mörlens, mit direktem Zugang zur Autobahn, könnte so für überregionale Kongresse und Sportveranstaltungen von Interesse werden.
10. Bei einem Standort an der verlängerten Gartenstraße würde in Verbindung mit Schloß, dem renovierten Schloßhof und dem Park ein einmaliges Areal für Kultur, Sport, Freizeit und Erholung entstehen.

SPD und Alte Mädchenschule

Interessiert dürften viele das SPD-Wahlkampfplakat an der alten Mädchenschule wahrgenommen haben. Ein ähnlicher Entwurf des Kirchplatzes mit abgerissener Mädchenschule ist sicher der Wunsch fast aller Parteien. Insofern ist hier nichts dargestellt, was die SPD von anderen unterscheidet. Bemerkenswert ist jedoch ein anderer Aspekt. Die alte Mädchenschule wurde in den 90er Jahren mit Zustimmung von SPD und FWG an einen privaten Besitzer verkauft. Jetzt streitet die Gemeinde vor Gericht seit Jahren um die Rückabwicklung des Verkaufs mit voraussichtlich großen finanziellen Verlusten. Wie zuvor der Verkauf der Mädchenschule, so wurde auch der geplante Rückkauf und das anschließende Gerichtsverfahren gegen den privaten Besitzer von der SPD unterstützt. Nun spannt die SPD an der in Privatbesitz befindlichen alten Mädchenschule ein Wahlplakat auf. Dies kann eigentlich nur mit offensichtlicher Zustimmung des privaten Besitzers der Mädchenschule möglich sein, gegen den die Gemeinde doch mit Unterstützung der SPD im Rechtsstreit liegt. Für den Gewinn von Wählerstimmen setzt die SPD mittlerweile ihre eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel.